

BNN 28.01.2015

Strenge Bedingungen für den Lärmschutzwall

700 000 Euro muss Gemeinde Weingarten tragen

Von unserer Mitarbeiterin
Marianne Lothar

Weingarten. Mit zwölf Ja-, sechs Nein-Stimmen und einer Enthaltung hat der Gemeinderat Weingarten am Montagabend beschlossen, den Lärmschutzwall entlang der Autobahn 5 beim Ortsteil Waldbrücke zu ganz bestimmten Bedingungen auszuschreiben. Die Gemeinde hatte ein Ingenieurbüro beauftragt, ein Kostenmodell zu berechnen und einen möglichen Zeitplan zu erstellen. Die Kalkulation basiert auf dem Modell einer Erdeponie. Danach soll der Wall mit Erdmaterial aus Großbaustellen aufgeschüttet werden. Ein Unternehmer, der hier Abraum anliefern

Einnahmen aus Gebühr für die Erdanlieferungen

will, muss aus diesen Erlösen den Lärmschutzwall sowie die erforderlichen Nebenanlagen auf seine Kosten errichten. Ein solches Angebot zu „null Euro“ ist fester Bestandteil der Ausschreibung.

Als Verfahren ist eine beschränkte Ausschreibung nach Teilnahmewettbewerb vorgesehen. Das Fachbüro hat die Gesamtsumme der Baukosten brutto auf rund 2,8 Millionen Euro geschätzt. Darin enthalten sind der Bau des Walls mit 275 000 Kubikmetern verdichteten Materials, Zufahrten, Entwässerung, Lärmschutzwand und Bepflanzung.

Den Kosten stellte Fachingenieur Stefan Ludwig die Erlöse gegenüber, die die Gemeinde aus den Gebühren für die

Erdanlieferungen ziehen will. Dazu hatte er zwei Varianten berechnet: Einen niedrigen Erlös mit 1,1 Millionen Euro (netto) und einen hohen Erlös, für den er knapp 2,3 Millionen Euro (netto) schätzte. Er räumte ein, sich „im spekulativen Bereich“ zu befinden, denn Verfügbarkeit des Materials, seine Beschaffenheit, die Transportwege und nicht zuletzt die Witterung seien Unwägbarkeiten.

Aufgrund der Ausgangslage, dass der Lärmschutzwall ohne Kostenbeteiligung erstellt werden könne, ist die Verwaltung dagegen der Ansicht, dass die Baukosten zu 100 Prozent von der aus-

führenden Firma zu tragen seien. 700 000 Euro verblieben dennoch bei der Gemeinde. Davon habe sie

371 000 Euro (brutto) als vorbereitende Kosten für Planungen, Ausgleichsmaßnahmen und dergleichen bereits erbracht. Der Rest seien Kosten für die Überwachung der ausführenden Firmen, damit Materialgüte und korrekter Einbau gewährleistet seien sowie die Ablösung der Pflege autobahnseitig.

Die Zufahrt, berichtete Ludwig weiter, könne nun doch über eine Baustellenzufahrt von der A 5 über die Behelfsausfahrt an der L 559 erfolgen, so dass auf die vorgesehene Zufahrt beim Parkplatz Höfenschlag verzichtet werden könne. Dazu wird der Forstweg von der Behelfsausfahrt zum Südende des Baufelds zweispurig ausgebaut. Der Bauzei-



DIE ZUFAHRT ZUR BAUSTELLE wird nun doch nicht beim Parkplatz Höfenschlag notwendig, da sie von der Autobahn 5 über die Behelfsausfahrt an der Landesstraße 559 erfolgen kann. Foto: Lothar

tenplan sieht eine Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen bis März 2015 vor, im Juni könnten die Submissionsergebnisse vorgestellt und im Juli die Vergabe erteilt werden. Damit könnte im November der Baubeginn erfolgen.

Gebaut wird von Norden, beginnend am Parkplatz, nach Süden. Damit, so Ludwig, seien die kostenintensiven Teile – Lärmschutzwand und die Überbrückung der TAL-Leitung – bereits zu Beginn erledigt. Die Vergabe der Bauleistungen wird an eine Kostenobergrenze von 0,00 Euro gebunden, die in den Aus-

schreibungsunterlagen benannt ist, um eine Aufhebung der Ausschreibung ohne Schadensersatzpflicht der Gemeinde zu ermöglichen.

Die CDU-Fraktion stimmte einstimmig zu, Gerhard Fritscher plädierte für eine zügige Umsetzung, denn die Situation auf dem Markt sei momentan gut. Timo Martin (WBB) sah die Freiwilligkeitsleistung der Gemeinde in dieser Höhe als ein „Novum“ an. Außerdem sei das Projekt nicht unumstritten, wobei er auf die schwache Beteiligung der Waldbrückenbewohner an der Umfrage ver-

wies. Er enthielt sich, sein Fraktionskollege Hans-Martin Flinspach stimmte dagegen. Wolfgang Wehowsky (SPD) sah im Ergebnis der Umfrage ein eindeutiges Votum für den Wall. Monika Lauber (Grüne) sah das Projekt skeptisch. Die Kosten „entfernen sich immer weiter von der Null“, die Grünen erteilten keine Zustimmung. Klaus Holzmüller (FDP) sprach sich für seine Fraktion klar dagegen aus, denn die FDP sei „nicht bereit, noch mehr Geld auszugeben für eine Sache, die nicht Aufgabe der Gemeinde sei“.